

## Papst und Profit

# Armut: Business ist die Lösung

Gastkommentar von Martin Rhonheimer 5.4.2016, 05:30 Uhr

Q: <http://www.nzz.ch/feuilleton/aktuell/papst-und-profit-armut-business-ist-die-loesung-ld.11488>

*Sozial ist, was Arbeit schafft, sagte einst die SPD. Und müsste dies nicht auch die Kirche so sehen? Der blinde Fleck der katholischen Soziallehre ist die Arbeit des Unternehmers.*



Auf einem Auge blind? Papst Franziskus' Wege zur Armutsbekämpfung sind jedenfalls mehrdeutig. (Bild: Mark Lennihan / AP)

Der Leiter des vatikanischen Wirtschaftssekretariates, Kardinal George Pell, erklärte kürzlich an einer Konferenz in Rom, es gebe keine bessere Wirtschaftsordnung als die Marktwirtschaft. Sie habe den Westen zur Blüte gebracht. Der entscheidende Faktor wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts sei das freie Unternehmertum, sagte der oberste «Finanzchef» des Vatikans weiter – und wörtlich: «Wenn wir die Weltwirtschaft wirklich nachhaltig ankurbeln wollen, dann wird Business und nicht Regulierung eine führende Rolle spielen müssen.» Das sind zunächst einmal erstaunliche Worte eines katholischen Würdenträgers.

Auch Papst Franziskus meinte als Erzbischof von Buenos Aires, den Armen helfe man am besten, indem man ihnen Arbeitsmöglichkeiten verschaffe. Als Papst allerdings – wobei er dies ausdrücklich als seine persönliche Meinung, nicht als kirchliche Soziallehre verstanden wissen wollte – geisselte er Kapitalismus und Marktwirtschaft als die Ursache der Marginalisierung der Armen. Er sprach in seinem ersten apostolischen Schreiben von einer «Wirtschaft», die «tötet», und zur Lösung der Probleme rief er nach mehr Staat und Politik. Doch lässt sich Armut per Knopfdruck beseitigen?

Die Aufgabe des Staates ist es zunächst einmal, Rechtssicherheit und Eigentumsrechte zu garantie-

ren. Sie bilden die Voraussetzung aller wirtschaftlichen Entwicklung, die stets von Individuen ausgeht. Es sind die Risikonehmer – also Unternehmer und Kapitalgeber –, die in einer freien Gesellschaft jene Arbeitsplätze schaffen, die dem Papst (und nicht nur ihm) am Herzen liegen.

Aus sozial engagierten kirchlichen Kreisen hört man solche Ansichten jedoch kaum. Weit mehr ertönt von dort der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit, der da meint: höhere Besteuerung der Reichen und mehr Umverteilung. Man fragt: «Wie entsteht Armut?», und sucht die Schuldigen. Indes, diese Ausgangsfrage ist falsch, denn Armut ist der ursprüngliche Zustand des Menschen. Die richtige Frage wäre vielmehr: «Wie entstehen Reichtum und Massenwohlstand?» Aus der Geschichte ergibt sich klar die Antwort: durch freies Unternehmertum und freien Tausch, also Kapitalismus und Marktwirtschaft.

Schimpfwörter?

Hier liegt gleichsam der blinde Fleck der katholischen Soziallehre. Profitorientiertes Unternehmertum hat in ihr einen schweren Stand. Die blossen Wörter «Profit» und «Kapitalismus» bringen manche in Rage. Johannes Paul II. hat in seiner Enzyklika «Centesimus annus» für Kapitalismus und Marktwirtschaft zwar eine Lanze gebrochen, sie aber dennoch nur unter Vorbehalten gelobt. Ebenso prekär steht es in kirchlichen Kreisen um die Idee des Privateigentums, obwohl gerade die christliche Tradition dieses stets rigoros verteidigte. Reflexhaft wird heute an den – an sich ebenso traditionellen – Grundsatz erinnert: «Eigentum ist nicht absolut, es ist dem Prinzip der allgemeinen Bestimmung der Güter dieser Erde untergeordnet», um daraus in verhängnisvollem Kurzschluss den modernen Sozial- und Verschuldungsstaat mit seiner enormen Steuerbelastung und den ökonomischen Fehlanreizen zu rechtfertigen.

Ganz anders die frühere katholische Soziallehre, die gerade im Privateigentum das probate Mittel dafür sah, dass die Güter dieser Erde allen Menschen zugutekommen. Dieser Tradition war noch der Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler verpflichtet, so in seiner Schrift von 1864 über «Das Christentum und die Arbeiterfra-

ge». Er verteidigte darin das Privateigentum als Grundlage der individuellen Freiheit und beklagte «das Project der durch Majoritäten decretierten Staatshilfe» und «ein immer weiter ausgebildetes Steuer- und Zwangssystem, an dem sämtliche Staaten fast zu Grunde gehen und bei denen freie Selbstbestimmung und Gesinnung gänzlich in den Hintergrund treten».

Teilen reicht nicht

Natürlich geht mit Eigentum soziale Verpflichtung einher. In der klassischen christlichen Ethik lautet deshalb die Forderung an die Reichen: Ihr müsst mit den Armen teilen, indem ihr Almosen gebt!

Jahrtausendlang lebten praktisch alle Menschen auf dem Niveau von Subsistenzwirtschaft: in Armut. Historisch ist Massenwohlstand ein junges Phänomen. Almosen-Geben und Teilen sind überholte Konzepte, nicht das persönliche caritative Handeln betreffend – da werden sie aktuell bleiben –, wohl aber gegenüber dem Problem der Massenarmut.

Sozial handelt nicht, wer gute Absichten hat, sondern wer gesellschaftliche Probleme löst. Kapitalisten verwenden deshalb ihren Reichtum in eminent sozialer Weise. Denn sie verkonsumieren ihn nicht, sondern investieren den grössten Teil. So schaffen sie Arbeitsplätze, zahlen Löhne, was wiederum die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen generiert, die ihrerseits neue Investitionen und unternehmerische Projekte lohnend machen. So kommt ein Prozess der Kapitalakkumulation und technologischen Innovation in Gang, der die Arbeitsproduktivität steigert, das Lohnniveau und damit sukzessiv den allgemeinen Wohlstand anhebt. In den entwickelten Ländern sind heute – im Vergleich zu früheren Zeiten – alle reich.

Wirtschaftsform des Gebens

Natürlich tut der Unternehmer all dies nicht aus Nächstenliebe. Sein unmittelbares Ziel besteht darin, Gewinn zu erzielen. Gewinnen aber kann nur, wer nicht am Markt vorbeiproduziert, sondern Konsumentenwünsche befriedigt. Reicher werden kann der Kapitalist und Unternehmer in einer freien Wirtschaft nur, wenn er auch andere bereichert. Vor dem Gewinn kommt das Geben: innovative Ideen, Investitionen, Lohnzahlungen. Der Kapitalismus ist deshalb die Wirtschaftsform des Gebens, er lindert nicht Not, sondern hebt den allgemeinen Wohlstand.

Während des Arbeiterelends des 19. Jahrhundert war es schwierig, diese Zusammenhänge zu sehen. Moralische Entrüstung war naheliegender – und sie wirkt bis heute nach. Ferdinand Lassalle, formulierte auf dieser Grundlage sein «ehernes Lohngesetz»: Kapitalisten drückten zwecks Gewinnmaximierung die Arbeiterlöhne immer auf das Existenzminimum.

Eine Besserstellung könne allein staatliche Sozialpolitik bewirken. Diese Idee geistert bis heute in den Köpfen vieler sozial engagierter Christen und kirchlicher Würdenträger herum. Als erster bedeutender katholischer Sozialethiker hatte sie der Jesuit Heinrich Pesch (1854–1926) vertreten. Mit ihm begann die Umorientierung der katholischen Soziallehre zu einem «dritten Weg» zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Seine Schüler Oswald von Nell-Breuning und Gustav Gundlach waren die Hauptverfasser der Enzyklika «Quadragesimo anno» (1931), die dem freien Markt die staatlich organisierte «soziale Gerechtigkeit» als Regulativ aufpfropfte. Dieses entsprach Peschs Überzeugung, dass eine kapitalistische Wirtschaft systembedingt die Arbeiterschaft im Elend gefangen halten werde und deshalb der Staat eingreifen müsse als Organisator und Garant von Solidarität und Nächstenliebe. Dieser Sicht liegt die – letztlich marxistische – Idee eines Interessenantagonismus von Kapital und Arbeit zugrunde. Leo XIII. hatte sie in seiner Enzyklika «Rerum novarum» (1891) zwar explizit verworfen, nicht aber ihren tiefer liegenden Irrtum erkannt, der besagt: Nur Arbeiter arbeiten, während das Kapital sich im Gegensatz zur Arbeit definiert. Dem liegt jedoch eine verkürzte Sicht von Arbeit zugrunde, welche die Arbeit des Kapitalisten und Unternehmers übersieht. Der Entgegensetzung von Kapital und Arbeit entsprang die fatale Vorstellung, Kapitalisten bzw. Unternehmer könnten allein dank ihren Arbeitern reich werden – ja, eigentlich gehörten Fabriken und Produktionsanlagen den Arbeitern, denn ohne sie würde ja keine einzige Maschine laufen.

Ohne unternehmerische Initiative und Visionen, ohne Risiko- und Verschuldungsbereitschaft, ohne innovative Ideen ihres Arbeitgebers hätten die Arbeiter allerdings weder Maschinen noch Arbeit oder Lohn. Seine unternehmerische Leistung schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern steigert die Produktivität aller involvierten Arbeitskräfte um ein Vielfaches, oft ins Unermessliche. Das darf sich auch in entsprechender Entlohnung des diesen Mehrwert schaffenden Unternehmers niederschlagen. Den Arbeitern wird dabei nichts vorenthalten: In Form ihres Lohnes erhalten sie gemäss ihrer Produktivität den ihnen zustehenden Anteil am Umsatz des Unternehmens, sozusagen ihren Anteil am Bruttogewinn. Und sie erhalten ihn, bevor der Erlös in der Kasse klingelt. Der klassische Unternehmer und Kapitalist erhält, wenn überhaupt, die «Lohntüte» als Letzter, ohne vertragliche Absicherung und mit vollem Risiko.

Verdienter Reichtum

Ist das ein System der Ausbeutung? Wohl eher eines der wechselseitigen Bereicherung. Unterneh-

mer, Arbeitgeber, Kapitalisten, Investoren: In Wirklichkeit sind sie die Wohlstandsgeneratoren. Mögen sie doch, wenn sie erfolgreich sind und hohe Risiken getragen haben, reich werden!

Den grössten Teil dieses Reichtums werden sie in der Regel wieder investieren und damit erneut Wohlstand schaffen. Solange Reichtum und unternehmerischer Erfolg nicht auf gesetzlicher Privilegierung, Subventionen und politischer Verfilzung beruhen, tragen sie zum Gemeinwohl bei. Durch öffentliche Verschuldung hingegen werden wir ärmer, zumindest die künftigen Generationen. Kardi-

nal Pell hat also den Nagel auf den Kopf getroffen. Man mag hoffen, dass seine Einsicht – Business ist die Lösung – auch in kirchlichen Kreisen immer mehr Raum gewinnt und ökonomisch unaufgeklärten Moralismus zu überwinden hilft.

Prof. Dr. Martin Rhonheimer lehrt seit 1990 Ethik und politische Philosophie an der Päpstlichen Universität Santa Croce in Rom und ist seit 2015 Präsident des von ihm mitbegründeten Austrian Institute of Economics and Social Philosophy in Wien, wo er gegenwärtig lebt.

## Kein Markt ohne Menschenrechte

Gastkommentar von Daniel Saudek 20.4.2016, 05:30 Uhr

Q:

<http://www.nzz.ch/meinung/kommentare/katholische-soziallehre-kein-markt-ohne-menschenrechte-ld.14870#kommentare>

*Die katholische Kirche anerkennt die Freiheit der Wirtschaft. Sie weiss aber auch, dass die Würde und das Lebensrecht des Menschen eine absolute Autonomie wirtschaftlichen Handelns ausschliessen.*



«Der Markt ist an sich nicht ein Ort der Unterdrückung des Armen durch den Reichen und darf daher auch nicht dazu werden.» (Bild: A.M. Ahad / AP)

Martin Rhonheimer unterstellt in seinem Gastbeitrag (NZZ 5. 4. 16) der katholischen Soziallehre, den Wert von Marktwirtschaft und Unternehmertum zu verkennen. Sein eigenes Markt- und Gesellschaftsmodell geht jedoch auf Kosten essenzieller ethischer Werte. Rhonheimer spricht in seinem Artikel «Armut: Business ist die Lösung» vom «blinden Fleck der katholischen Soziallehre». Laut ihm würdigt die katholische Kirche die freie Marktwirtschaft und die private wirtschaftliche Initiative nicht ausreichend. Ein Blick in die offiziellen kirchlichen Dokumente liefert freilich ein anderes Bild: «Der Markt ist an sich nicht ein Ort der Unterdrückung des Armen durch den Reichen und darf daher auch nicht dazu werden», so lesen wir etwa in der Enzyklika «Caritas in veritate» Benedikts XVI. (Nr. 36). Papst Franziskus lobt in «Laudato si'» die Unternehmertätigkeit als «edle Berufung» und unterstreicht ihren unabdingbaren Wert für die Schaffung von Arbeitsplätzen und somit für das Gemeinwohl (Nr. 136). Das Recht auf Privateigentum und auf wirtschaftliche Initiative wurde ebenfalls von den Päpsten immer wieder verteidigt. Freilich reden die Quellen der katholischen Soziallehre nicht einer Wirtschaft ohne ethische Schranken das Wort. Sie erinnern an das Recht des Arbeiters auf einen existenzsichernden Lohn, von dem eine Familie ernährt werden kann, ebenso wie an

die unabdingbare Rolle von Gewerkschaften für das Gemeinwohl. Die Rolle des Staates besteht laut ihnen nicht einfach darin, die Bühne für ein reibungsloses Marktgeschehen zu schaffen, sondern auch darin, als Akteur distributiver Gerechtigkeit die Schwächeren zu schützen – wobei die Kirche aber auch vor exzessiver staatlicher Intervention warnt, die die Eigeninitiative untergräbt. Wirtschafts- und Lebensstile müssen zudem nach der katholischen Soziallehre – und zwar nicht erst seit Papst Franziskus – auf die natürliche Umwelt und die Bedürfnisse nachkommender Generationen Rücksicht nehmen. Kurzum: Die katholische Kirche anerkennt die Freiheit der Wirtschaft. Sie weiss aber auch, dass die Würde und das Lebensrecht des Menschen eine absolute Autonomie wirtschaftlichen Handelns ausschliessen.

Woher also kommt Rhonheimers Eindruck, die Kirche betrachte die Wirtschaft zu negativ? Ein Blick in seine jüngeren Schriften gibt darüber Aufschluss: Kapitalistische freie Marktwirtschaft habe, so Rhonheimer, «immer und überall» die Lebensbedingungen verbessert, alle Arten von staatlichem Interventionismus hätten sie hingegen «immer und überall» verschlechtert. Massnahmen der Umverteilung durch das Steuersystem sind gemäss Rhonheimer «nichts anderes als Zwangsenteignung der wohlhabenderen Bürger». Rhonheimer spricht sich explizit gegen das Recht des Arbeiters auf einen existenzsichernden Lohn aus, und ein Familienlohn wäre erst recht nicht geschuldet.

Das von Rhonheimer favorisierte Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell verabsolutiert also die Freiheit des Marktes und das Recht auf Privateigentum, verneint jedoch essenzielle Rechte von Arbeitnehmern sowie das Recht des Staates, dafür zu sorgen, dass alle im Boot bleiben und am Marktgeschehen teilhaben können. Staatliche Massnahmen zugunsten benachteiligter Bürger stehen laut diesem Schwarz-Weiss-Denken schon im Widerspruch zur freien Marktwirtschaft und zum Privateigentum. Rhonheimers Modell widerspricht nicht nur der Lehre der katholischen Kirche, sondern auch

der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Art. 22 und 23 Abs. 3).

Doch auch rein wirtschaftlich ergibt das Rhonheimersche Laissez-faire keinen Sinn. Es ist besser für den Markt, wenn alle am Wettbewerb teilhaben können, während ein Ausschluss von Marktteilnehmern zu einer Oligopolisierungs- oder Monopolisierungstendenz führt. Rhonheimer schreibt sich die Werte des Liberalismus auf die Fahnen,

doch in Wahrheit haben wir es hier mit einem autoritären Gesellschaftsmodell zu tun, das eine Freiheit der einen auf Kosten der Rechte der anderen vorsieht.

Daniel Saudek ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Christliche Philosophie der Universität Innsbruck.

## Business ist nicht die Lösung für Armut

Gastkommentar von Franz-Xaver Kaufmann 29.4.2016, 05:30 Uhr

Q:

<http://www.nzz.ch/meinung/kommentare/katholische-soziallehre-und-profit-business-ist-nicht-die-loesung-fuer-armut-ld.16882>

*Auch die Sozialethik ist immer ein Kind ihrer Zeit und verwoben in gesellschaftliche Verhältnisse.*



Auch die Sozialethik ist Kind ihrer Zeit und verwoben in gesellschaftliche Verhältnisse, so gerne sie sich über diese erheben würde. (Bild: Ursula Litzmann / AKG-Images)

Als nach Kriegsende der damalige deutsche Wirtschaftsminister Ludwig Erhard seiner Wirtschaftsreform den Namen «Soziale Marktwirtschaft» verpasste, konnte er mit Recht behaupten, das Soziale an der Sozialen Marktwirtschaft sei, dass sie die Wirtschaft stärker als dirigistische Wirtschaftssysteme zum Wachsen bringe und «Wohlstand für alle» schaffe. Diese Auffassung liegt auch dem Artikel von Martin Rhonheimer zugrunde, welcher der katholischen Soziallehre eine einseitige Parteinahme für die «soziale Gerechtigkeit» und die Unterschätzung der Unternehmerfunktion vorwirft. Als aussenstehender, aber mit den Verhältnissen in der deutschen Sozialethik einigermaßen vertrauter katholischer Sozialwissenschaftler möchte ich auf eine Spaltung innerhalb der Disziplin der Sozialethiker aufmerksam machen, die man – grob gesagt – auf die Leitfiguren des Jesuiten Oswald von Nell-Breuning einerseits und des späteren Kardinals Joseph Höffner andererseits zurückführen kann. Die Polarität der beiden Richtungen ähnelt derjenigen von Kapital und Arbeit, und dementsprechend stand Höffner dem Bund Katholischer Unternehmer, Nell-Breuning den Gewerkschaften nahe. Auch die Sozialethik ist Kind ihrer Zeit und verwoben in gesellschaftliche Verhältnisse, so gerne sie sich über diese erheben würde. Die Mittel zu dieser Emanzipation sind seit dem 19. Jahrhundert die Verdrängung der Geschichtlichkeit und die Berufung auf als ewig behauptete Prinzipien und

Wahrheiten.

Der Beitrag von Martin Rhonheimer besetzt in diesen Auseinandersetzungen die Position des Rechtsausseren. Denn er betont nicht nur die Rechte und die kollektive Nützlichkeit des Unternehmertums, sondern unterschlägt die dazu polare Problematik der sozialen Gerechtigkeit überhaupt. Er negiert die reale Spannung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen, deren Behauptung er als «letztlich marxistisch» qualifiziert, was ihm anscheinend genügt, um ihr jeden Wahrheitsgehalt abzusprechen. Dabei hat Karl Marx das Wesen des Kapitalismus tiefer erfasst als all seine Zeitgenossen, weil er ihn nicht – wie Rhonheimer – einfach mit Marktwirtschaft identifizierte, sondern die «Bewegungsgesetze des Kapitals» analysierte und insbesondere die dem Kapitalismus immanente Tendenz zur «Konzentration der Kapitale», also eine Tendenz zur Reduktion der Konkurrenz bis hin zur Monopolbildung. Die dem zugrunde liegende Dynamik wurde sodann von Joseph A. Schumpeter in seiner «Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung» vertieft analysiert. Auch der Ordoliberalismus sah die Problematik der Oligopol- und Monopolbildung und suchte sie durch eine staatliche Wettbewerbspolitik zu überwinden. Der Kapitalismus – sich selbst überlassen – tendiert zur Aufhebung der Konkurrenz und damit des Nutzen stiftenden Prinzips der Marktwirtschaft. Deshalb zeugt Rhonheimers Identifizierung von Marktwirtschaft und Kapitalismus entweder von Unkenntnis oder ideologischer Voreingenommenheit.

Völlig verfehlt ist die Vorstellung, Armut lasse sich in entwickelten Volkswirtschaften mittels «Business» und nicht mittels Regulierung beseitigen, wie Rhonheimer den «Finanzchef» des Vatikans, den australischen Kardinal Pell, zustimmend zitiert. «Business» vermag zwar wirtschaftliche Kräfte und tendenziell Wohlstand zu entwickeln, wodurch die primäre Armut der vor- und frühindustriellen Zeit reduziert wird. Die Industrialisierung und die Tertiärisierung der Wirtschaft bringen jedoch eine systemimmanente sekundäre Armut der Nicht-Beschäftigungsfähigen hervor, die sich nicht durch

Wirtschaftswachstum allein, sondern nur durch Hilfe und Umverteilung bekämpfen lässt. Das hat übrigens als Erster der Schweizer Nationalökonom Sismondi (1819) gegen die Lehren des wirtschaftlichen Liberalismus eingewandt: In der Produktions- und in der Verteilungssphäre können nicht die gleichen Regeln gelten.

Zurück zu Erhard. In der Nachkriegssituation eines zerrütteten Staatswesens, einer weithin zerstörten wirtschaftlichen Infrastruktur, aber mit einer Menge hochqualifizierter Arbeitskräfte, deren Zahl sich durch Flucht und Vertreibung laufend vergrößerte, war der Glaube an die Kräfte des freien Wirtschaftens als universelle Problemlöser plausibel und im sogenannten Wirtschaftswunder auch erfolgreich.

Für Erhard blieb eine gute Wirtschaftspolitik die beste Sozialpolitik, während sein Staatssekretär Alfred Müller-Armack, der Schöpfer des Begriffs Soziale Marktwirtschaft, bereits kritisch notierte: «Wir wissen heute, dass die Marktwirtschaft besonderen Anforderungen nach sozialem Ausgleich und sozialer Sicherheit nicht hinlänglich genügt, und müssen uns um den Einbau entsprechender Stabilisatoren kümmern.» Es bleibt gefährlich, aus allgemeinen Prinzipien politische Schlussfolgerungen abzuleiten, ohne die Kontexte in Raum und Zeit ausdrücklich zu berücksichtigen.

Franz-Xaver Kaufmann ist emeritierter Professor für Sozialpolitik und Soziologie an der Universität Bielefeld.

## Möglichkeiten der Zivilgesellschaft

Gastkommentar von Martin Rhonheimer 6.5.2016, 05:30 Uhr

Q:

<http://www.nzz.ch/meinung/kommentare/christliche-sozialethik-und-markt-moeglichkeiten-der-zivilgesellschaft-ld.18176>

*Christliche Sozialethiker übersehen oft die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft, die vom modernen Sozialstaat unterminiert werden.*



Rein ökonomische, auf Innovation beruhende Monopole sind für den Konsumenten nützlich. (Bild: Ennio Leanza / Keystone)

In meinem Artikel «Armut: Business ist die Lösung» (NZZ 5. 4. 16) argumentierte ich, Massenwohlstand entstehe durch Kapitalismus und Marktwirtschaft – durch unternehmerisches Handeln in einem Umfeld der Rechtssicherheit und des Schutzes von Eigentumsrechten, auch von Eigentumsrechten der Ärmsten. Das Verständnis für die Leistung des freien Unternehmertums und der dazu notwendigen Voraussetzungen sei der blinde Fleck der katholischen Soziallehre.

In seiner Replik kritisiert Daniel Saudek, mein «Markt- und Gesellschaftsmodell» gehe «auf Kosten essenzieller ethischer Werte» (NZZ 20. 4. 16). Saudeks Vorwürfe sind ein Beispiel für den in meinem Artikel kritisierten ökonomisch unaufgeklärten Moralismus: Statt meine ökonomische Argumentation zu diskutieren, führt er gegen sie unbestrittene ethische Zielvorstellungen ins Feld. Dabei klammert er aber die Frage nach den Mitteln und den Bedingungen für ihre Erreichung aus. Das ist eine Art von Realitätsverweigerung. Typisch etwa seine Forderung, Arbeitgeber müssten einen «familiengerechten Lohn» zahlen. Wegen ihrer ökonomischen Absurdität wird diese an sich traditionelle Forderung nicht einmal mehr im offiziellen Kompendium der katholischen Soziallehre erhoben. Das Ziel eines familiengerechten Einkommens ist auf andere Weise zu erreichen – warum nicht durch tiefere Steuern?

Franz-Xaver Kaufmann bezichtigt mich in seiner Replik der «Unkenntnis oder ideologischer Voreingenommenheit» (NZZ 29. 4. 16). Mit Berufung auf Marx spricht er von Gesetzmässigkeiten des Kapitalismus, insbesondere der «Reduktion der Konkurrenz bis hin zur Monopolbildung», was aber aufgrund heutiger Kenntnisse der Wirtschaftsgeschichte und auch theoretischer Erwägungen namhafter Ökonomen in dieser Absolutheit überholt ist. Ursache wettbewerbsfeindlicher Monopolbildung sind in der Regel die Politik und gesetzliche Regulierungen, nicht der Markt. Rein ökonomische, auf Innovation beruhende Monopole sind für den Konsumenten nützlich; solange der Marktzugang für die Konkurrenz nicht durch gesetzliche Regulierungen oder politische Verfilzung erschwert wird, fördern sie weitere Innovation und Wettbewerb. Der moderne Kapitalismus, so hält mir Kaufmann weiter entgegen, bringe «eine systemimmanente sekundäre Armut der Nicht-Beschäftigungsfähigen hervor», die sich «nur durch Hilfe und Umverteilung bekämpfen lässt». Er verweist auf die von Oswald von Nell-Breuning vertretene gewerkschaftliche Idee eines Interessenantagonismus zwischen Kapital und Arbeit. Der 1934 in die USA emigrierte katholische Ökonom und Sozialethiker Götz Briefs warf in einem 1958 postum veröffentlichten Brief Nell-Breuning vor, aufgrund der Prämissen marxistischer Mehrwerttheorie zu argumentieren. In Wirklichkeit, so Götz Briefs, sei der Arbeitnehmer der eigentliche Nutzniesser der «kapitalistischen Produktionsmittel», denn diese «unterstützen und vervielfältigen [ . . . ] seine Leistung». Genau das war mein Punkt: Der Unternehmer ist es, der den entscheidenden Mehrwert schafft, und deshalb heisst Produktivitätssteigerung Wohlstand für alle, auch für die Ärmsten – ohne Umverteilung.

Das gilt auch für das Problem der «sekundären Armut». Die heute real existierende «soziale Marktwirtschaft» ist zu einem System pervertiert, in dem verkannt wird, dass eine kapitalistische Wirtschaft auch für die Ärmsten viel mehr zu leisten vermag als aus Steuern finanzierte soziale Sicherung. Der

von Kaufmann erwähnte Ludwig Erhard war resolut gegen Umverteilung. 1957 schrieb er: «Die Blindheit und intellektuelle Fahrlässigkeit, mit der wir dem Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat zusteuern, kann nur zu unserem Unheil ausschlagen.» Umverteilung schwächt die wohlstandsschaffende Dynamik des freien Marktes undbürdet nachfolgenden Generationen Schulden auf – wahrlich keine soziale Perspektive! Dass es ein soziales Netz für diejenigen braucht, die sich nicht selber helfen können, ist unbestritten, doch gerade der umverteilende und falsche Anreize setzende Sozialstaat produziert und perpetuiert sekundäre Armut. Christliche Sozialethiker übersehen oft die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft, die vom modernen Sozialstaat unterminiert werden. Sie vergessen da-

bei eines der zentralen Prinzipien der katholischen Soziallehre – das Subsidiaritätsprinzip. Sie übersehen, dass soziale Sicherung durch staatliche Leistungen ökonomisch ineffizient und ethisch fragwürdig ist, weil sie den Einzelnen und die Familie vom Staat abhängig macht und damit Selbstverantwortung und individuelle Freiheit untergräbt. Gerade dies kann zur Armutsfalle werden. Eine Debatte darüber ist dringend nötig, wird aber oft durch das Verhaftetsein in überholten sozialpolitischen Dogmen verunmöglicht.

Martin Rhonheimer lehrt Ethik und politische Philosophie an der Päpstlichen Universität Santa Croce in Rom und ist Präsident des von ihm mitbegründeten Austrian Institute of Economics and Social Philosophy in Wien.